Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration
Der Minister

HESSEN

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Postfach 31 40 · 65021 Wiesbaden

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in
Deutschland e.V.
BAG-Geschäftsstelle
Frau Beate Ebeling
Brunnenstraße 128

13355 Berlin

Aktenzeichen StFP 1

Bearbeiter/in: Frau Dr. Andrea-Sabine Jacobi
Durchwahl: (06 11) 817-36 40
Fax: (06 11) 23 55
E-Mail: andrea-sabine.jacobi@hsm.hessen.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:

Datum: 25. Februar 2014

Beschlüsse der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
Ihr Schreiben vom 03.02.2014

Sehr geehrte Frau Ebeling,

für die Hessische Landesregierung besitzt die Frauen- und Gleichstellungspolitik einen hohen Stellenwert. Unser Ziel ist die dauerhafte Durchsetzung und Sicherung von Chancengleichheit und die selbstbestimmte Gestaltung der persönlichen Biografie für Frauen und Männer. Dies setzt voraus, dass Politik und Gesellschaft diejenigen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, die der einzelnen Frau und dem einzelnen Mann eine echte Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Lebensentwürfen ermöglichen.

Frauen müssen insbesondere die gleichen Chancen haben wie Männer, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen und eine eigene soziale Sicherung aufzubauen. Dabei ist uns bewusst, dass angesichts der Vielfalt der gelebten Praxis jedes Individuums sogenannte Patentrezepte oder Einheitslösungen wie sie von Ihnen beispielsweise im Steuerrecht oder für die Quotierung von Gremien vorgeschlagen werden, kontraproduktiv wirken können.

Demgemäß sieht das Regierungsprogramm effektive Instrumente vor, die im Rahmen einer ganzheitlichen Lebensverlaufsperspektive dort, wo erforderlich, die spezifische Förderung von Frauen ermöglichen, als auch die Chancengleichheit beider Geschlechter für das individuell gewünschte Lebensmodell stärken.

Im öffentlichen Dienst des Landes Hessen wird die Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes sowie die Ausweitung des Frauenanteils in den Führungspositionen des Landes mittels eines Mentoringprogramms durchgeführt werden. Wir treten für eine Arbeitskultur ein, in der Führungspositionen auch in Teilzeitarbeit wahrgenommen werden können und werden das „Netzwerk Wiedereinstieg" qualitativ ausbauen. Wir wollen Initiativen ergreifen, damit „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" Realität wird. Auch die Hilfssysteme bei häuslicher Gewalt werden von uns weiter verstärkt werden, insbesondere durch eine Verbesserung der Finanzierungssicherheit für Frauenhäuser und mit einer möglichst flächendeckenden Versorgung mit Interventionsstellen.

Es versteht sich, dass wir uns auch außerhalb unseres Bundeslandes gemäß dieser auswahlhaft wiedergegebenen Auflistung für diese notwendigen Anliegen einer zeitgemäßen Frauen- und Geschlechterpolitik einsetzen werden.

Hessen hat mit Beginn dieses Jahres den Vorsitz über die 24. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatoren und –senatorinnen der Länder (GFMK) übernommen. Wir werden 2014 nutzen, die länderübergreifende Gleichstellungs- und Frauenpolitik im Sinn der ganzheitlichen Lebensverlaufsperspektive weiter voranzubringen. Dabei sehen wir uns insbesondere in der Kontinuität der Leitmotive und Beschlussanträge dieser Konferenz in den vergangenen zwei Jahren. Als besonders vordringlich sehen wir zunächst die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Strategien zu einer Überwindung der immer noch weit verbreiteten, weiblichen und männlichen Rollenstereotypen in Erziehung und Schule, im Erwerbsleben, in der Öffentlichkeit und den Medien an.

Als ebenso bedeutsam, gerade auch auf der Handlungsebene der Bundespolitik betrachten wir die Entgeltgleichheit und die Notwendigkeit einer geschlechtergerechten Einkommenspolitik. In Anbetracht der 2013 in Deutschland bestehenden unbereinigten Lohnlücke zuungunsten von Frauen in Höhe von 22%, die sich trotz einer Vielzahl von Ansätzen und Maßnahmen bereits seit Jahren nahezu unverändert darstellt, hat Hessen gemeinsam mit Sachsen-Anhalt eine zeitlich befristete, länderoffene Arbeitsgruppe „Entgeltgleichheit" unter der Federführung beider Länder initiiert.

Diese Arbeitsgruppe „Entgeltgleichheit“ wird bis 2015 eine Bestandsaufnahme mit konkreten Vorschlägen für Maßnahmen gesetzlicher und untergesetzlicher Art vorlegen. Das Land Hessen wird diesen Prozess aktiv begleiten, um hier zu einer umsetzungsfähigen Arbeitsgrundlage für eine wirksame Reduktion der Entgeltungleichheit zu gelangen, die schlussendlich in eine länderübergreifende Einigung übergeführt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Grüttner